

Kein Tag der Bundeswehr!

Kundgebung am 09.05.2018 vor dem Hauptbahnhof Mannheim

Thomas Trüper, Friedensplenum, Stadtrat DIE LINKE

Liebe Mitbürgereinen und Mitbürger,

In Mannheim ist heute schwer was los:

Fallschirmjäger werden im Laufe des Tages in Neuostheim vom Himmel fallen. Das hat es nicht mal im Weltkrieg gegeben – die Amis sind zu Fuß, mit Jeeps und Panzern von Käfertal aus nach Mannheim einmarschiert. Fallschirmspringer – das kennen die Kinder in Mannheim bisher nur aus „lustigen“ Fernsehfilmen.

Und auch ein Airbus A400 military für schlappe 152 Mio. Euro wird im Tiefflug über Mannheim dahinbrummen. Spötter werden sagen: Immerhin: Eine der 18 bisher ausgelieferten Maschinen kann auch wirklich fliegen.

Doch diese Art von Spott hat auch System: Sie soll höhere Rüstungsausgaben wegen der angeblich unzureichenden Ausrüstung legitimieren.

Also: Heute findet in Mannheimer erstmals ein „Tag der Bundeswehr“ statt. Ein Haufen Kriegsmaterial wird vor der Bundeswehr-Verwaltungshochschule zu sehen sein – Panzer, Feldhaubitzen, Spähwagen u.v.a.m. Selbst zivile Hilfsorganisationen schließen sich der Schau an.

Warum veranstaltet die Bundeswehr in der gesamten Bundesrepublik an 16 Standorten solche Tage der Bundeswehr?

Die Bundeswehr hat viele Probleme, aber sie hat vor allem zwei große Probleme:

- 1) Die Unterstützung in der Bevölkerung für diese Truppe ist nicht besonders hoch, schon gar nicht für die Kriege, an denen sie sich beteiligt. Noch nirgends wurden Demonstrationen für eine bessere Ausstattung der Bundeswehr und für noch mehr Auslandseinsätze gesichtet. Stattdessen fordern viele Menschen – auch wir hier und auch auf Demonstrationen – mehr Geld für die Bildung, und sie machen sich für zivile Konfliktlösung stark. Also muss die Bundeswehr Imagepflege treiben. Das Militärische soll – nach zwei Weltkriegskatastrophen – ganz selbstverständlich zum Bild der Gesellschaft gehören. Denn:
- 2) Der Bundeswehr geht das Personal aus, weil die Aufgaben ständig steigen – wofür die Regierung und die Parlamentsmehrheit die Verantwortung tragen. Knapp 240.000 Planstellen gibt es, davon ¼ Zivillistinnen und Zivillisten. Aber sehr viele Stellen sind unbesetzt. Und es scheiden ja auch jährlich viele Zeitsoldatinnen und Zeitsoldaten wieder aus. Also muss die Bundeswehr mit allen Mitteln neue Menschen anwerben. Während

früher viele Menschen zum Bund gegangen sind, um dort eine Ausbildung zu bekommen, die sie sonst auf dem freien Arbeitsmarkt nicht erreicht hätten, bläst der Bundeswehr jetzt der Fachkräftemangel der Wirtschaft ins Gesicht. Das „Werben für's Sterben“ ist jetzt ein verdammt schwieriges Geschäft, und der Andrang aus rechtsradikalen Kreisen ist auch nicht gerade gut für's Image.

Der Tag der Bundeswehr soll vor allem junge Menschen ansprechen, selbst solche im Kindesalter. Sie sollen möglichst frühzeitig, wenn sie das alles noch nicht reflektieren können, für die Bundeswehr begeistert werden. Wir kennen das ja vom Maimarkt und von „Sport und Spiel am Wasserturm“, wo immer ein Bundeswehr-Werbetruck steht. Selbst an den Schulen ist die Bundeswehr präsent. 1.000 Jugendoffiziere gehen in den Schulen ein und aus. Selbst wenn zur Herstellung der „Ausgewogenheit“ auch Vertreter*innen der Friedensbewegung in die Schulen eingeladen würden – sie hätten wegen „Unterzahl“ absolut keine Chance.

Die offizielle homepage der Bundeswehr zum Tag der Bundeswehr zeigt als Titelfoto einen Soldaten der Luftwaffe mit einem / seinem etwa 3-jährigen Jungen in einem Kampfanzügchen.



Tag der Bundeswehr
9. Juni 2018 / 16 Standorte

Dieses sogar auf Kinder und Jugendliche zielende Werben ist ein klarer Verstoß gegen die UN-Kinderschutz-Konvention.

Der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes zum Thema „Kinder in bewaffneten Konflikten“ vom empfiehlt in seiner Sitzung vom 31.01.2014 der Bundesrepublik:

„(...) dass der Vertragsstaat:

- a) das Mindestalter der Rekrutierung für die Streitkräfte auf 18 Jahre festlegt*
- b) alle Formen von Werbekampagnen für die deutschen Streitkräfte, die auf Kinder abzielen, verbietet sowie*
- c) die größtmögliche Transparenz im Hinblick auf den Transfer von Waffen sicherstellt, und per Gesetz den Verkauf von Waffen verbietet, wenn die Gefahr besteht, dass der endgültige Bestimmungsort ein Land ist, in dem Kinder (möglicherweise) für Kampfhandlungen rekrutiert werden.“*

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

nun mag der eine oder die andere fragen:

Was hat die Friedensbewegung gegen die Bundeswehr?

Hat nicht jeder Staat eine Militärstreitmacht?

Nach der höchst umstrittenen Gründung der Bundeswehr vor 62 Jahren war die Bundeswehr eine Territorialstreitmacht, allerdings im Rahmen des NATO-Bündnisses, die mit Wehrpflichtigen – man sprach von „Bürgern in Uniform“ – das Land im kalten Krieg hätte verteidigen sollen, wenn die BRD angegriffen worden wäre.

Heute ist die Bundeswehr eine international kämpfende Profi-Truppe in 11 Einsatzländern. Der Afghanistankrieg war bisher der massivste Einsatz mit nach offiziellen Angaben 54 getöteten deutschen Soldatinnen und Soldaten, 3.500 getöteten Soldaten insgesamt, aber vor allem mit ca. 24.000 Zivilopfern.

Stabil weit über 50% der deutschen Bevölkerung lehnen diesen Krieg ab. Warum dann dieser Krieg und dieser Einsatz? Legendär ist der Ausspruch des damaligen Verteidigungsministers Peter Struck in einer Regierungserklärung am 11. März 2004:

„Unsere Sicherheit wird nicht nur, aber auch am Hindukusch verteidigt, wenn sich dort Bedrohungen für unser Land, wie im Falle international organisierter Terroristen, formieren.“

Der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler stolperte über seine Bemerkung, in Afghanistan gehe es selbstverständlich auch um wirtschaftliche Interessen Deutschlands.

Wir wissen schon längst: Der Afghanistan-Krieg der NATO ist ein einziges Desaster, der Tausende Menschenleben kostete und kostet, der 100.000e Menschen zur Flucht zwang: Allein in Deutschland in diesem Jahr bis April 3.377 Menschen – die viertstärkste Gruppe der Asylbewerber*innen in Deutschland). Der Krieg verwüstet das Land, stärkt den Terror und Trägt zu seiner internationalen Verbreitung bei. Die westliche Demokratieform konnte nicht übergestülpt werden, Frauen und Mädchen geht es wesentlich schlechter als vor der westlich betriebenen Machtübernahme der Taliban.

Der Bundeswehreinsatz ist angeblich beendet mit dem Ergebnis, dass immer noch über 1.400 deutsche Soldat*innen dort stationiert sind.

Dieser Krieg steht für alle Interventionskriege des letzten Vierteljahrhunderts: Sie zerstörten die Länder, kosteten Millionen von Menschenleben, ließen keine innere demokratische Entwicklung zu, stärkten den Terrorismus und trieben Millionen Menschen zur Flucht. Die Waffenindustrie – die deutsche vorneweg – ist ein Hauptprofiteur. Dies galt schon für den Balkan, das gilt heute besonders für den Irak, Libyen, Syrien, Jemen und viele afrikanische Länder.

In keinem einzigen Fall hat eine Militärintervention je für Frieden, Demokratie und Aufbau sorgen können. Das Gegenteil ist der Fall. Militäreinsätze sind in den Krisenherden der Welt niemals ein Ansatz, Konflikte zu lösen.

Im Gegenteil: Diese Konflikte haben immer Ursachen, die etwas mit den wirtschaftlichen Interessen der Großmächte zu tun haben: mit

wirtschaftlichen Ungleichentwicklungen,
 Folgen des Kolonialismus,
 Stabilisierung korrupter Regierungen
 Offenhaltung von Rohstoffquellen und deren Ausplünderung
 Offenhaltung von Absatzmärkten,
 Offenhaltung der Handelswege.

Der Einsatz der **Bundesmarine vor Somalia** am Horn von Afrika zur Bekämpfung der Piraterie steht beispielhaft für diese Zusammenhänge: Dieses von den ehemaligen Kolonialmächten zusammengeschnitzte Land leidet seit mittlerweile Jahrzehnten an der Überfischung seiner Küsten durch internationale Fangflotten und an der Verklappung von Giftmüll aus den großen Industrieländern. Beides hat die internationale Staatengemeinschaft zugelassen und nicht verhindert. Unbestritten ist dies der Grund für das Aufkommen der Piraterie. Diese – und nicht die vorherige Schädigung des Landes – wird nun militärisch bearbeitet. Die Bundeswehr schreibt dazu auf ihrer Website lapidar:

„Somalia bietet zahlreichen kriminellen Strukturen wie etwa der Piraterie fruchtbaren Nährboden. Der Staat Somalia existiert im Grunde nicht, eine zentrale Regierung ist nicht vorhanden. Die letzte Regierung wurde 1991 gestürzt. Seitdem herrscht in Somalia Bürgerkrieg. Große Teile Somalias werden von Clans kontrolliert. Die Sicherheitslage in Somalia gilt als besonders instabil.“

Ein Hohn, wenn man die Hintergründe kennt!

Und trotzdem arbeitet die Bundesregierung und ihre parlamentarische Mehrheit am weiteren Ausbau der Bundeswehr als internationale Interventionsstreitmacht. Das Stichwort formulierte Altbundespräsident Gauck mit seiner Standpauke: „Deutschland muss international wieder mehr Verantwortung übernehmen“. Gestern wurde Deutschland erneut in den Weltsicherheitsrat gewählt. Und die FAZ schrieb dazu im Vorfeld: Deutschland müsse sich durch Stärkung der Bundeswehr für dieses Amt würdig erweisen.

Der **Militärhaushalt des Bundes** beträgt rund 38,5 Milliarden Euro und soll bis 2021 schrittweise auf rund 42 Milliarden erhöht werden.

Mit der Erhöhung wird der Weg in Richtung des 2014 auf dem NATO -Gipfel in Wales beschlossenen politischen Ziels von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts schrittweise fortgesetzt, eine Forderung, die US- und Twitter-Präsident Trump vehement erhebt.

Dazu schreibt der ehemalige Richter am bayerischen Verwaltungsgerichtshof Peter Vonnahme auf heise.de:

„Eine Verpflichtung von Bündnispartnern zur Erhöhung der Militärausgaben ist - wenn überhaupt - nur dann nachvollziehbar, wenn das Bündnis seinen vermeintlichen Gegnern militärisch unterlegen ist. Das ist aber nicht der Fall. Denn die Militärausgaben der USA für 2016 (611 Mrd. \$) sind fast neunmal höher als die Russlands (69 Mrd. \$). Die Gesamtaufwendungen aller 28 Nato-Staaten belaufen sich auf 918 Mrd. \$; hieraus errechnet sich im Vergleich zu Russland sogar eine 13-fache

Überlegenheit des Nato-Militärbudgets. Auch die Militäraufwendungen der zweitgrößten Militärmacht China (geschätzte 215 Mrd. \$) liegen um den Faktor 3 unter denen der USA.

Wenngleich Geldeinsatz nicht mit militärischer Effizienz gleichzusetzen ist, lassen die Zahlen dennoch unschwer erkennen, dass die von Trump geforderten Steigerungsraten nicht plausibel sind. Der Umstand, dass die USA wegen ihrer größtenteils völkerrechtswidrigen Kriege seit Jahren sehr hohe Rüstungsausgaben leisten müssen (aktuell 3,3 % des BIP), ist kein hinreichender Grund, von anderen Staaten Ähnliches zu fordern. Sinnvoll wäre vielmehr, durch eine auf Verständigung und Ausgleich bedachte Politik die Notwendigkeit überhöhter Rüstungsanstrengungen zu vermindern.

Der neue **Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit** beträgt gegenüber den 38,5 Mrd. Euro für sogenannte Verteidigung schlappe 8,7 Mrd. Euro. Wenn man bedenkt, dass das Gros dieser Gelder lediglich eine Exporthilfe für die deutsche Wirtschaft ist, dann ist klar:

Die herrschende Politik der Bundesrepublik Deutschland zielt nicht auf gerechte Entwicklung der Weltwirtschaft, auf Hilfe zum Aufbau einer eigenständigen Wirtschaft in den konfliktreichsten und ärmsten Ländern, sondern sie setzt weiterhin auf militärische Absicherung einer ungerechten Weltwirtschaftsordnung, von der die BRD eine der Hauptprofiteurinnen ist.

Das Ergebnis ist eine fortgesetzte Destabilisierung der Weltlage, eine weitere Anheizung sozialer Konflikte, eine Steigerung der Flüchtlingszahlen von gegenwärtig schon 66 Millionen Menschen und eine Steigerung der Kriegsgefahr. Dies verunsichert auch die Menschen in der Bundesrepublik zu Recht. Aber die Rechtspopulisten aller Couleur, die diese Verunsicherung auszuschlachten versuchen, haben auch nur Benzinkanister parat, die sie ins Feuer werfen wollen.

Nicht die Friedensbewegung ist die Traumtänzerin – die herrschende Wirtschafts-, Außen- und Militärpolitik ist es mit ihrem angeblichen Anspruch der Friedenssicherung. Tatsächlich handelt es sich um knallharte Interessenpolitik für die großen Kapitale einschließlich der Waffenschmieden. Sie setzt auf militärische Durchschlagskraft statt auf wirtschaftlichen Ausgleich und internationale soziale Gerechtigkeit. Deshalb haben wir etwas gegen die Bundeswehr und ihre weitere Aufrüstung. Und deshalb finden wir: Der Tag der Bundeswehr in Mannheim Neuostheim ist eine vollkommen deplazierte Veranstaltung!

Kein Tag der Bundeswehr!

Finger weg von Kindern und Jugendlichen! Bundeswehr raus aus den Schulen!

Wirtschaftliche Entwicklung in den geschundenen Ländern statt Milliarden schwerer sogenannter „Krieg gegen den Terrorismus“.

Schluss mit der Eskalation im Rahmen der NATO-Osterweiterung!

Schluss mit den Waffenexporten!